

Umweltzone

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen, dass die Verwaltung im zuständigen Ausschuss einen Bericht über die Auswirkungen des Vollzuges der Umweltzone für das Stadtgebiet Ulm und die Möglichkeit der Aussetzung der Stufe 2 und 3 bis ein einheitlicher länderübergreifender Vollzug gewährleistet ist, gibt.

Über die Frage der Sinnhaftigkeit und Effektivität einer Umweltzone, lässt sich trefflich streiten. Die Gutachten u.a. des Fraunhofer-Institutes sind Ihnen ja bekannt.

Keiner wissenschaftlichen Beurteilung bedarf es, um festzustellen, dass eine auseinanderfallende Regelung zur Umweltzone in den Doppelstädte wie sie jetzt seit Januar in Ulm und Neu-Ulm vollzogen wird, die Effektivität der Maßnahme konterkarriert.

Solange daher Neu-Ulm aussetzt, ist die Durchführung der Umweltzone auf Ulmer Gemarkung in Frage gestellt und an sich wirkungslos.

Hinzu kommen die zahlreichen Feinstaubträchtigen Baustellen und Fuhren und die befürchteten Beeinträchtigungen des Verkehrs auf Ulmer Gebiet, insbesondere auch durch die Sanierung der B 10.

Eine aussagekräftige Erfassung der vergleichbaren Schadstofffrachten und regulierende Luftreinhaltung durch den Vollzug der Umweltzone in der 2. und 3. Stufe sind hier nur sehr eingeschränkt möglich.

Volkswirtschaftlich unsinnig ist auch der Aufwand der beabsichtigten Ausnahmegenehmigungspraxis und die anfallenden Umrüstkosten für die ca. 1000 betroffenen Fahrzeuge in 2012 und 5000 betroffenen Fahrzeuge in 2013.

Grund allerdings genug sich für den aufschiebenden Vollzug der Maßnahme einzusetzen, bis jedenfalls länderübergreifend ein einheitlicher Vollzug gewährleistet wird, worum wir Sie hiermit bitten dürfen.

Wir regen an den Vertreter des Regierungspräsidiums in den Gemeinderat einzuladen, um die Sache dort gemeinsam erörtern zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Die Fraktionsvorsitzenden der CDU, FWG, SPD und FDP

Technisches Rathaus

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das frühere Modehaus Jung in der Neuen Straße wird momentan von der Sparkasse Ulm als Ausweichquartier genutzt, bis ihr Neubau bezugsfertig ist. Das bedeutet, dass dieses Gebäude in absehbarer Zeit für eine andere Nutzung zur Verfügung stehen wird.

Wir können uns vorstellen, dieses Gebäude in Zukunft als „Technisches Rathaus“ der Stadt Ulm zu nutzen. Auf diese Weise könnten die verschiedenen Abteilungen der Bürgerdienste zusammengeführt werden. Dadurch entstünde in der Sattlergasse Platz für ein Familienzentrum, wie von den Fraktionen der CDU und FWG angeregt wurde. Das Gebäude Kornhausgasse 4 könnte dann anderweitig genutzt werden.

Wir bitten Sie zu prüfen, ob der Ankauf oder die Anmietung des Gebäudes Neue Straße 87-89 für diesen Zweck möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für die FDP-Fraktion

Dr. Bruno Waidmann
Fraktionsvorsitzender

Verbilligter Eintritt zu kulturellen Veranstaltungen

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ulm gibt es eine Reihe von Angeboten für verbilligte Karten zu kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen.

Wir bitten um einen Bericht im zuständigen Ausschuss, in dem diese Möglichkeiten detailliert aufgeführt und der eventuell vorhandene Bedarf für zusätzliche Maßnahmen dargestellt werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch diskutiert werden, ob die Lobbycard noch besser beworben und eventuelle Hemmschwellen bei der Antragstellung beseitigt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU: Dr. Karin Graf

Für die FDP: Erik Wischmann

Für die FWG: Reinhold Eichhorn

Für die SPD: Katja Adler

Europaweite Ausschreibung von Aufträgen der Stadt

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

öffentliche Bauaufträge mit mehr als € 4,8 Mio. und sonstige Liefer- und Dienstleistungen ab € 193.000 müssen europaweit ausgeschrieben werden. Allerdings können bis zu 20 Prozent der Bauleistungen von der Gesamtsumme ausgeklammert werden und über lokale Ausschreibungen vergeben werden

Wir wären Ihnen für eine Stellungnahme dankbar, inwieweit die Stadt diese Flexibilität nutzt, um verstärkt lokale, kleine und mittelständische Unternehmen einzubeziehen und zu beauftragen

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann
Vorsitzender

Rose Goller-Nieberle
Stv. Vorsitzende

Erik Wischmann
Stv. Vorsitzender

Antwort des Oberbürgermeisters vom 30.12.2011

Zusätzliche finanzielle Belastung der Stadt durch Einführung

von EuroBonds

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In Deutschland wird die Einführung von Eurobonds strittig diskutiert. Die Parteivorsitzenden von SPD und Grünen sprechen sich dafür aus. Der Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle sind dagegen. Selbst Befürworter der Eurobonds gehen davon aus, dass diese das Zinsniveau für deutsche öffentliche Hand erhöhen. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland auf ihre Anleihen, mit denen sie sich refinanziert, deutlich mehr Zinsen zahlen muss. Selbst Befürworter gehen davon aus, dass sich die öffentlichen Refinanzierungszinssätze um mehrere Prozentpunkte erhöhen.

Infolge dessen dürften sich auch die Refinanzierungskosten für die Bundesländer und die Kommunen deutlich erhöhen. Denn letztendlich liegt der Grund der günstigen Kommunalkredite darin, dass Länder und letztendlich mittelbar auch der Bund für die Schulden der Kommunen haften. Müssen Bund und Länder höhere Zinsen wegen erhöhter Haftungsrisiken zahlen, so werden aller Voraussicht nach auch die Marktzinsen für die Kommunen steigen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich uns die folgenden Fragen und wir bitten um deren Beantwortung:

- I. Mit welchem Anstieg des Zinsniveaus rechnet die Stadt Ulm für ihre langfristigen Kreditverbindlichkeiten sowie ihre Kassenkredite, wenn Eurobonds eingeführt werden? Welche jährliche zusätzliche finanzielle Belastung würde das für die Stadt Ulm bedeuten?
- II. Hilfsweise, falls die Verwaltung sich zur Beantwortung der Frage nach Ziff. 1 nicht in der Lage sieht: Mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen müsste die Stadt Ulm rechnen, wenn das Zinsniveau für seine langfristigen Kreditverbindlichkeiten sowie seine Kassenkredite um drei Prozentpunkte ansteigen würde?
- III. Welche Maßnahmen müsste die Stadt Ulm ergreifen, wenn sich kurzfristig eine zusätzliche Belastung nach Ziff. 1 bzw. Ziff. 2 ergeben würde?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann
Fraktionsvorsitzender

Antwort des Oberbürgermeisters vom 26.10.2011

Antrag zur FUG (Fernwärme Ulm)

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Presseberichte der letzten Tage zeigen, dass die Ulmer FUG nicht unbegründet in der Kritik des Bürgers steht. Zwar wird man, wie gerade angekündigt, in einigen Tagen in einer Bürgerversammlung versuchen den Schaden zu begrenzen und das Vertrauen der Kunden wiederzugewinnen. Das Misstrauen in die Preispolitik bleibt dennoch sicher lange noch bestehen.

Nun ist es ein allgemeines Erfahrungsgut dass Unternehmen, die ein Monopol besitzen ihre Preispolitik gerne großzügiger betreiben als solche, die von einer Konkurrenz bedroht sind. Dies könnte vielleicht auch auf die FUG zutreffen, gemäß Gemeinderatsbeschluss hat sie in vielen Ulmer Stadtgebieten das Monopol als Wärmelieferant. Vor allem in Ulm-Wiblingen sind Alternativen gesetzlich weitgehend ausgeschlossen. Da sollte man jetzt ansetzen.

Wir beantragen daher, die gesetzliche Grundlage für das Monopol der FUG in den Ulmer Stadtgebieten zu überprüfen und im Gemeinderat zu berichten, wie dieses abgeändert werden kann.

In neu zu erschließenden Stadtgebieten sollte generell schon von vornherein kein Monopol mehr erteilt werden. Den Lieferanten für Energie, Wärme oder den Kabelanschluss muss der Bürger selbst frei nach wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Aspekten wählen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU-Fraktion, FWG-Fraktion, FDP-Fraktion

Weitere Informationen:

- [Bericht in der Südwest Presse](#) (14.10.2011)

Einrichtung eines Bürgerfonds „Erneuerbare Energie“ durch die SWU

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Ausstieg aus der Kernenergie stellt uns vor große Herausforderungen und erfordert unter anderem einen schnellen Ausbau der regenerativen Energien.

In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass die SWU, wie schon einmal bei der Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach von EvoBus in Neu-Ulm, einen Fonds für erneuerbare Energie auflegen sollte.

Dieser könnte von Ulmer und Neu-Ulmer Bürgerinnen und Bürgern, Geschäften und Betrieben gezeichnet werden. Wir denken, dass wir mit einem derartigen Fonds eine unmittelbare Beteiligung unserer Bürger am Ausbau der erneuerbaren Energien und gleichzeitig eine Erweiterung der finanziellen Möglichkeiten der SWU erreichen können.

Einzelheiten müssen durch die SWU und die städtischen Verwaltungen geklärt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Bruno Waidmann, Vorsitzender
Rose Goller-Nieberle, Stv. Vorsitzende
Erik Wischmann, Stv. Vorsitzender

Bushaltestelle Hochschule für Gestaltung

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus den Kreisen der Hochschule für Gestaltung wurden wir heute als Mitglieder des Kunst- und Kulturausschusses des Ulmer Gemeinderats gebeten die HfG in ihrem Image zu unterstützen. Dem kommen wir als Vertreter aller Fraktionen im Ulmer Rathaus gerne nach.

Wir beantragen daher als erste Geste die Hinweisschilder an unseren Omnibussen der Linie 4 zu ändern. Statt „Hochsträß“ sollte man künftig als Endstation „Hochschule für Gestaltung“ angeben.

Dies ist zum einen kostenneutral, in gewissem Sinne werbend und zugleich eine Reminiszenz an die Hochschule, die, wie wir gestern wieder feststellen konnten, weit über Ulm hinaus als kunstgeschichtliches Highlight bekannt ist.

Mit freundlichem Gruß
Ihre Stadträte

Dr. Hans-Walter Roth, Dr. Thomas Kienle, Christof Nagel (CDU)
Helga Malischewski, Reinhold Eichhorn, Reinhardt Kuntz, Dr. Rüdiger Reck, Hanni Zehendner (FWG)
Dr. Bruno Waidmann (FDP)
Lisa Schanz, Helmut Pflüger (SPD)
Konstantinos Kontzinos (GRÜNE)

Antwort des Oberbürgermeisters vom 29.11.2011:

Stopp des ELENA-Verfahrens und neue Leistungen der Bundesregierung

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD/Grüne-Bundesregierung hat den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) erfunden und die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat ihn mit ihrer Mehrheit im Bundestag umgesetzt. Die jetzige CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hat nunmehr auf Drängen von Datenschützern und der FDP dieses Verfahren gestoppt.

Welche Kosten waren von der Stadtverwaltung, zum Beispiel in den Bereichen von Wohngeld, Elterngeld usw. prognostiziert und eingeplant worden, die jetzt entfallen?

Außerdem hätten wir gerne Auskunft darüber, von welchen Kosten die Stadt Ulm durch die Beschlüsse der Bundesregierung im Bereich der Kinderbetreuung, des Teilhabepaketes und der Grundsicherung im Alter entlastet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann

Erik Wischmann

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender

Weitere Informationen:

- Südwest Presse, 01.09.11: FDP: Auskünfte zu ELENA (nicht online)
-
-

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Mettlachweg-Merzigweg

29. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir stellen den Antrag, dass die Bauverwaltung vor der nächsten Sitzung des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 27.09.2011 eine Ortsbegehung mit den Mitgliedern des Ausschusses organisiert.

Dazu sollten auch die Anlieger, die Mitglieder der RPG West und alle interessierten Bürger eingeladen werden.

Wir haben den Eindruck, dass nur durch eine Ortsbesichtigung die Situation, die sich durch das Bauvorhaben ergeben wird, richtig beurteilt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Für die FDP-Fraktion

Dr. Bruno Waidmann

Fraktionsvorsitzender

gez.

Für die FWG-Fraktion

Reinhold Eichhorn

Fraktionsvorsitzender

Antwort des Oberbürgermeisters vom 20.09.2011
